

Berlin, 15. November 2021

## PRESSEMITTEILUNG

Deutscher Juristinnenbund e.V.

Vereinigung der Juristinnen,  
Volkswirtinnen und Betriebswirtinnen

Geschäftsstelle / Office:  
Anklamer Straße 38 • D-10115 Berlin  
fon: +49 30 4432700 • fax: +49 30 44327022  
[geschaeftsstelle@djB.de](mailto:geschaeftsstelle@djB.de) • <https://www.djB.de>

### Koalitionsverhandlungen: Bestehende Vielfalt von Umgangsmodellen erhalten! Offener Brief vom 11. November 2021 an die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP

In einem [offenen Brief](#) fordern 14 Verbände, darunter der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djB), die an den Koalitionsverhandlungen beteiligten Parteien auf, die bestehende Vielfalt von Umgangsmodellen für Trennungsfamilien zu erhalten.

„Das Wechselmodell ist als gesetzlicher Regelfall ungeeignet. Damit es allen Beteiligten gerecht werden kann, ist extrem es voraussetzungsvoll und nicht zuletzt auch eine finanzielle Frage. Die entsprechenden Ressourcen sind bei weitem nicht bei allen Familien gegeben. Statt um ein Verordnen sollte es um ein Ermöglichen gehen – insbesondere für Trennungsfamilien mit kleinem Einkommen. Durch das Leben in zwei Haushalten entstehen höhere Kosten – dies muss angemessen berücksichtigt werden, auch im Grundsicherungsrecht, beim Kinderzuschlag oder beim Unterhaltsvorschuss.“ erklärt Prof. Dr. Maria Wersig, Präsidentin des djB.